

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Hildesheim

**Stadt Hildesheim**

Der Oberbürgermeister

Fachbereich Büro des Oberbürgermeisters (FB 10)

Markt 1, Zi. 103

31134 Hildesheim

Orhan Kara

Fraktionsvorsitzender

Rosenhagen 20

31134 Hildesheim

stadt@linksfraktion-hi.de

www.stadt.linksfraktion-hi.de

22.06.2020

**Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Hildesheim zur Situation von geflüchteten Menschen; per Mail**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Ingo Meyer,

die Corona Pandemie und die damit einhergehenden Einschränkungen für Menschen betreffen natürlich in besonderem Maße die Menschen mit geringem Einkommen oder insgesamt marginalisierten Gruppen, so auch Geflüchtete die in Deutschland leben. Uns erreichten heftige Klagen von geflüchteten Menschen aus der Gemeinschaftsunterkunft in der Senkingstraße zu verschiedenen Themen, die wir gerne mit dieser Anfrage klären möchten.

Wir fragen somit an:

**Anfrage:**

1. Wie ist die Informationsbereitstellung von Hilfeleistungen im Bezug zu Corona, insbesondere im Hinblick auf die Handlungsempfehlungen des RKI zur Corona-Prävention in Gemeinschaftsunterkünften?
  - a. Werden Informationen in den nötigen Sprachen bereitgestellt, mit den Rechten, Pflichten und Gefahren zur Covid-19-Pandemie?
  - b. Werden/Wurden Risikogruppen gezielt gewarnt?
  - c. Wurden separate Wohneinheiten vorsorglich vorgehalten und wurden diese genutzt?
  - d. Wurde für die Gemeinschaftsunterkunft zusätzliches medizinisches Personal abgestellt?
  - e. Wurde eine präventive Quarantäne der gesamten Gemeinschaftsunterkunft oder einzelnen Menschen (präventiv) vollzogen oder stand dies im Raum?

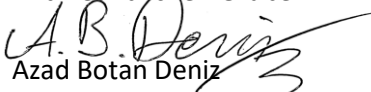
- f. Werden oder wurden entgegen den RKI-Empfehlungen physische Barrieren (Zäune, Draht oder Bänder an den Raamtüren) angebracht?
2. Die Wohnkosten bei dezentraler Unterbringung für Flüchtlingsfamilien werden durch öffentliche Mittel bezahlt. Sobald Einkommen erzielt wird, stellt die Stadt hohe Rechnungen an die Flüchtlingsfamilien aus.
- a. Dies erfolgt auf welcher Gebührenordnung bzw. welcher rechtlichen Grundlage? Wir bitten um entsprechende Weiterleitung der Gebührenordnung bzw. Regelung.
3. Gemäß der medialen Berichterstattung, sind insgesamt 47 geflüchtete Kinder im April in Hannover gelandet. Außerdem wurde durch die Bundesregierung angekündigt 350 bis 500 unbegleitete Minderjährige aus Lagern auf den griechischen Inseln aufzunehmen.<sup>1</sup>
- a. Durch Beschlüsse in Ratssitzungen und durch die Potsdamer Erklärung, möchte Hildesheim signalisieren in seenotgeratene Flüchtlinge aufnehmen zu wollen und ein „sicherer Hafen“ zu sein. Ist in diesem Kontext Hildesheim von einer Behörde angeschrieben worden zu den oben genannten 47 bzw. 350 bis 500 geflüchteten Kindern?  
Falls Ja, wie wurde geantwortet?
- b. Hat Hildesheim aktiv bei behördlichen Institutionen seine Bereitschaft erklärt, einen Teil der 47 bzw. 350 bis 500 geflüchtete Kinder aufnehmen zu wollen?  
Falls Ja, wie wurde darauf reagiert?  
Falls Nein, wieso nicht?

Mit freundlichen Grüßen

Orhan Kara  
Fraktionsvorsitzender  
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Hildesheim

Für die Richtigkeit

Mit freundlichen Grüßen

  
Azad Botan Deniz  
Fraktionsgeschäftsführer

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Hildesheim

<sup>1</sup>Siehe z.B.: [https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover\\_weser-leinegebiet/47-gefluechtete-Kinder-in-Hannover-gelandet,fluechtlingskinder160.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/47-gefluechtete-Kinder-in-Hannover-gelandet,fluechtlingskinder160.html)